

VII. Risse im Neuen

Das fünfte Globalisierungsfeld besteht aus den Elementen der Politik, der politischen Ideen und der Ideologie. Es geht hier um gesellschaftliche Gestaltung sozialer Wirklichkeit, das Bewahren von Traditionen, die Pflege von Wertschätzungen, aber auch um die Frage, wie kommt das Neue vernünftig und sozialverträglich in die Welt. Und es geht darum, wie die politische Macht in einer globalisierten Welt verteilt ist und wie sich Machtausübung darin entfalten wird.

Drei zentrale Entwicklungen spielen dabei eine herausragende Rolle:

1. Die territoriale Entgrenzung der Politik

Im Bereich der klassischen nationalstaatlichen Politik erlebten die Akteure und nationalstaatlichen Entscheidungssysteme in den letzten 30 Jahren territoriale Entgrenzungstendenzen. Aus der Globalisierung entstanden Problemlagen, welche die Nationalstaaten der Welt direkt betrafen, die mit nationalen Lösungsstrukturen aber alleine nicht mehr zu lösen waren und sind.

2. Eine neue Form des politischen Willensbildungsprozesses

Parallel dazu entwickelte sich durch Globalisierung und den technologischen Fortschritt in nationalen und in regionalen Kontexten eine neue sozio-politische und technische Infrastruktur des politischen Willensbildungsprozesses und der öffentlich-rechtlichen Wahrnehmung öffentlicher Belange, was sich in neuen politischen und administrativen Konzepten des e-voting, des e-government oder der e-administration niederschlug. Die Digitalisierung der Politik wurde ein wichtiges Instrument des Verwaltens und Regierens und damit auch ein Hebel für die Entwicklung politischer Produktivität. Gleichzeitig wurde der politischen Partizipation der Massen aufgrund der politischen Möglichkeiten des Internet Bedeutung zugemessen.¹

1 | Siehe hierzu nochmals das Unterkapitel zur Bedeutung der Schwarmintelligenz.

3. Die Entwicklung der Medien zur vierten Gewalt im Staat

Und schließlich entwickelten sich die Medien immer mehr zur vierten Gewalt im Staat und der Einfluss von NGOs und ›Guerillagruppen‹ der Globalisierung nahm stetig zu.

Diese drei Phänomene der Globalisierung strahlen auf strategisch wichtige Politikfelder und gesellschaftliche Sensibilitäten hinsichtlich der politischen Kultur eines Landes aus. Es zeichnet sich dabei ab, dass bei vielen Hoffnungen der Politik der Globalisierung vieles Schein und nicht Sein geblieben ist; es zeigten sich schnell Risse im Neuen.

1. NOTWENDIGKEIT UND UNVOLLKOMMENHEIT EINER WELTREGIERUNG

Die Entgrenzung gehört zu den Herausforderungen des (1.) nationalstaatlichen und (2.) globalen politischen Handelns. Zur Lösung transnationaler und globaler Problemlagen geriet das Programm der Global Governance zunehmend in den Fokus der internationalen Politik. Es meint die kooperative und multilaterale Gestaltung der Globalisierung. Ausgangspunkt war das Gefühl der Notwendigkeit kollektiven politischen Handelns angesichts der Zunahme grenzüberschreitender Problemlagen im Bewusstsein darüber, dass nationale Lösungsstrukturen nicht mehr mit globalen Problemlagen in Übereinstimmung zu bringen waren. Wegweisend dafür waren der Bericht des Club of Rome zu den ›Grenzen des Wachstums‹, der ›Brundtland Report‹, das Ende der Ost-West-Konfrontation, die ›Agenda 21‹ sowie der Bericht ›Our Global Neighbourhood‹ der Commission on Global Governance.

Entscheidend waren Souveränitätsverluste des Nationalstaats und Legitimationsprobleme der herkömmlichen Politik. Es entstanden Vakua, in das neue politische Akteure und Ideen strömten, insbesondere mit Blick auf alternative Politikstile, Herrschaftsalternativen, Mitbestimmungsforderungen und politische Prioritäten. Dies forderte nationale Entscheidungsstrukturen, Entscheidungsprozesse und Ordnungsverhältnisse auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene heraus. Ein erstes Beispiel dafür war in Europa die Entstehung von neuen politischen Parteien. Herausragend war die grüne Bewegung seit den 1970er Jahren, und der wachsende Einfluss von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf angestammte politische Entscheidungsprozesse und Entscheidungsergebnisse. Eine neue Generation von Politikern und die Zivilgesellschaft erreichten dadurch ein anderes Gewicht mit Blick auf die Gestaltung von politischen Mehrheiten oder das politische Lobbying. Globalisierung führte dazu, dass Aufgaben des Nationalstaats ohne neue Formen einer interdisziplinären und internationalen Kooperation und Kommunikation nicht mehr gut erfüllt werden konnten. Gegenseitige Abhängigkeiten und wirtschaftliche Verflechtung sowie der Wunsch von nichtparlamentarischen Gruppen nach

mehr politischer Partizipation veränderten den Handlungsspielraum des Nationalstaats, auch wenn ihm der Anspruch auf das Gewaltmonopol blieb. Die territorial gebundene Demokratie verlor immer mehr an Substanz, während die Wirkungsmacht globaler Politik wuchs – zumeist ohne eine ausreichende politische Legitimation.

Globalisierung und ihre Einhegung durch eine Politik der ›Begrenzung der Entgrenzung‹ durch Global Governance

Ich habe den Begriff eingangs mit Dirk Messner als »Entwicklung eines Institutionen- und Regelsystems und neuer Mechanismen internationaler Kooperation, die die kontinuierliche Problembearbeitung globaler Herausforderungen und grenzüberschreitender Phänomene erlauben« definiert (Messner 2000). Global-Governance-Ansätze stehen also für den Versuch, das System souveräner Nationalstaaten in ein internationales Mehrebenensystem unter Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure einzubinden. Im Ergebnis, so die optimistische Sicht, entsteht durch global wirksame Institutionen, den internationalen Rechtsverkehr und vor allem durch gemeinsamen politischen Gestaltungswillen eine international legitimierte Ordnungspolitik die, nach westlichem Verständnis, demokratisch fundiert, effizient und rechtsstaatlich satisfaktionsfähig ist. Allerdings hat dieser Prozess in den 2010er Jahren eine Wendung erfahren. Während im professionellen Politikbetrieb – etwa im Rahmen der europäischen Integration oder internationalen Governance – ein ›Business as Usual‹ betrieben wurde, wuchsen in Europa politische Kräfte, die gerne das Rad der Integration zurückdrehen würden. Das ›Nationale‹ gewinnt innerhalb dieser Bestrebungen wieder ein größeres Gewicht. Das Beispiel einer Kompensation europäischen oder gar internationalen Einflusses durch nationalstaatliche Souveränität zum Beispiel in Ungarn in den 2010er Jahren hat gezeigt, wie bewusst eine ›Begrenzung der Entgrenzung‹ nationalstaatlicher Politik gesucht und politisch festgelegt worden ist. Gerade in Ungarn hat die Errichtung eines Grenzzauns zur Abwehr von Balkanflüchtlinge 2015 drastisch verdeutlicht, wie sehr dieses Bild konkret Gestalt angenommen hat – und von großen Teilen der wählenden Bevölkerung wohlwollend akzeptiert worden ist, obwohl ein Volksentscheid der Ungarn die repressive Migrationspolitik des Regimes 2016 nicht mit einer Mehrheit bestätigt hat. Diese ›Begrenzung der Entgrenzung‹ wurde auch in Frankreich durch den Front National, in Deutschland durch die AfD, in den Niederlanden durch die Partij voor de Vrijheid, in Dänemark durch die Dansk Folkeparti oder in Polen durch die seit 2015 regierende Partei ›Recht und Gerechtigkeit‹ teilweise boulevardesk und wahlwirksam propagiert.

Die globale Ebene politischen Handelns wurde seit den 1990er Jahren immer wichtiger – demokratietheoretisch, völkerrechtlich, handelsrechtlich, umweltrechtlich und sicherheitspolitisch

Auch wenn der Begriff und das Konzept in der politischen Wahrnehmung häufig als leere Worthülse bezeichnet worden sind, haben sich alternative Begriffe wie Weltinnenpolitik oder globale Ordnungs- und Strukturpolitik nicht durchgesetzt, obwohl sie den Kern der Global Governance durchaus präzise erfassen. Gleichzeitig wurden die Reichweite globaler Ordnungspolitik und die Ausstrahlungskraft internationaler Regime kritisiert. Global Governance sei weit davon entfernt, eine Art Weltregierung zu etablieren und lediglich der Versuch, unterschiedliche Akteure irgendwie in ein Netzwerk an Institutionen und Regelungen mit einzubeziehen, die es erlauben, den Herausforderungen der Globalisierung wenigstens annähernd zu begegnen. Demgegenüber wurden die globalen Ebenen politischen Handelns immer wichtiger. Rasch zunehmende Vernetzungen und der wachsende Problemdruck globaler Entwicklungen etwa im Klimaschutz oder der Sicherheitspolitik führten zu einer gesteigerten Aufgeschlossenheit für Konzepte einer weitergehenden Integration politischer Prozesse und Entscheidungen.

Das Konzert internationaler Organisationen und Regime war seit jeher durch Konzepte negativer Integration geprägt, die meist nur auf eine Öffnung der Nationalökonomien oder eng definierte Souveränitätsverzicht ruhten. Beispiele hierfür sind das Handelsregime der WTO und die vom Internationalen Währungsfonds betriebene Öffnung der Kapitalmärkte. Der Begriff der negativen Integration beschreibt die Verringerung von Reibungsflächen im internationalen Miteinander, die aus Unterschieden bei nationalen Regelungen oder protektionistischen Handelshemmnissen resultieren. Ansätze positiver Integration, also die aktive Gestaltung gemeinsamer Herausforderungen, verblieben oft auf einer deklaratorischen Ebene und hatten eine geringe Verbindlichkeit und Wirkung. Beispiele hierfür sind die unzähligen Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) oder die Umweltabkommen unter dem Dach der UNO.

Nationale Souveränität versus globale Governance

In den 1990er Jahren hat sich jedoch zunehmend die Einsicht durchgesetzt, dass internationale Politik angesichts entgrenzter Problemzusammenhänge in verstärktem Maße politische Innovationen innerhalb der internationalen Zusammenarbeit benötigt. Damit deuteten sich Schritte hin zu einem Paradigmenwechsel globaler Kooperation an. In diesem Zeitraum hat die Dichte internationaler Interaktionen und Konferenzen sowie Abkommen erheblich zugenommen. Das Kyoto-Protokoll zur Verringerung der weltweiten CO²-

Emmissionen von 1997 und das Biosafety-Protokoll zur Regelung des grenzüberschreitenden Verkehrs von gentechnisch veränderten Organismen 2000 waren Meilensteine in dieser Entwicklung, die aber auch die Defizite einer Global Governance verdeutlichen, welche auf dem schlecht durchsetzbaren Völkerrecht beruhen. Das Biosafety Protokoll zum Beispiel legt Mindestregeln für den grenzüberschreitenden Handel mit gentechnologisch veränderten Organismen fest, skizziert Hilfsmaßnahmen für Entwicklungsländer für den Aufbau eines Regulierungsapparates dieser Technologie, entwickelt aber keine eindeutigen Sanktionsmechanismen. Dies macht deutlich, dass Völkerrecht im Hinblick auf die essentiellen Zukunftsaufgaben um globales Gemeinschaftsrecht ergänzt werden muss. Doch dies ist aufgrund der Bedeutung der nationalen Unabhängigkeit, der staatlichen Souveränität, des Nationalinteresses und der Nichteinmischung in nationale Angelegenheiten nach wie vor ein souveränitätspolitisches Problem.

Es gab veritable Erfolge globaler Governance zum Beispiel im Umweltbereich

Demgegenüber stehen aber auch Erfolgsgeschichten. So hat das internationale Umweltregime erfolgreich dafür gesorgt, dass die Problematik des Ozonabbaus in der Atmosphäre gelöst werden konnte. Die dramatische Entwicklung der Ozonerstörung durch Chloratomen aus Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) hatte eine permanente Schwächung der Ozonschicht über den Polarregionen der Welt zur Folge. Das Problem entwickelte sich innerhalb weniger Jahre von wenigen Prozent auf mehr als 50 Prozent. In der Folge nahm der Einfluss der Intensität der Sonnenstrahlen auf Mensch, Flora und Fauna zu. Die Entwicklung und das zweifelsfreie Wissen um die Ursachen des Phänomens führten zu einem Verbot der industriellen Nutzung von FCKW (etwa im Bereich der Kühl- und Frosttechnologie), das 1987 im Montrealer Protokoll völkerrechtlich verbindlich vereinbart wurde. Obwohl mit einer kompletten Schließung des Ozonlochs nach wissenschaftlichen Berechnungen erst bis etwa 2050 gerechnet werden kann, gilt dies als ein nachhaltiger Erfolg der Ökobewegung und des internationalen Umweltrechts, der durch eine permanente Kontrolle der Vorschriften durch insgesamt fünf Änderungsprotokolle bis zum Ende der 1990er Jahre immer wieder konsolidiert worden ist.² Das Protokoll beruht auf dem Vorsorgeprinzip und gilt zu Recht als ein Meilenstein im Umweltvölkerrecht.

2 | Vgl. <http://montreal-protocol.org/en/>, aufgerufen am 1. November 2014.

Die Unvollkommenheit globaler Regime und Akteurskonstellationen zeigt die Schwächen und Widersprüche im Konzept der Global Governance auf

Die Themenfelder und Probleme der Global Governance indes bleiben:

- eine Klärung des Verhältnisses von nationalen, supranationalen und globalen Zuständigkeiten im politischen Betrieb;
- Fragen der Energieversorgung, der globalen Ökologie und des Klimaschutzes;
- der Zugang zu strategischen Rohstoffen, Wasser und eine ausreichende Ernährung der Weltbevölkerung;
- Probleme der internationalen Kriminalität und des Terrorismus;
- ordnungspolitische Probleme im globalen Welthandelssystem;
- gravierende Handlungsschwierigkeiten in der Kontrolle der internationalen Verschuldungs- und Finanzkrise;
- regionale und globale Migrationsprobleme angesichts von Armuts-, Kriegs- und Klimaflucht.

Das System der internationalen Politik hat Fortschritte gemacht. Es ist für die weiter oben angesprochenen Probleme allerdings weiterhin unzureichend ausgestattet.

Dies wird deutlich durch:

- mangelnde Kooperation und weiterhin bestehende Koordinationsprobleme zwischen den einzelnen politischen Ebenen des internationalen Entscheidungssystems;
- Legitimationsdefizite internationaler Politik;
- nicht vorhandene oder schlecht funktionierende Sanktions- und Konfliktlösungsmechanismen;
- bürokratische Hemmnisse oder fehlende Gestaltungsmöglichkeiten in internationalen Organisationen;
- Dominanz und Vetomacht einiger weniger Staaten in der Entscheidungsfindung.

Die Steuerungs- und Problemlösungskapazität des Konzepts gilt bei Kritikern dabei insgesamt immer noch als beschränkt, auch wenn die Bedeutung völkerrechtlicher, handelsrechtlicher und sicherheitspolitischer Innovationen auf globaler Ebene unbestritten ist. Insofern kommt der Global Governance trotz all ihrer Unzulänglichkeiten in Zukunft weiterhin eine unverzichtbare Steuerungsaufgabe zu, die allerdings nicht nur als technische Herausforderung zu verstehen ist, sondern die politischen Interessen und Akteurskonstellationen der internationalen Politik besser einzubeziehen hat.

Will man dies ändern, werden sich Regeln für gesellschaftliches Leben stärker differenzieren und ineinandergreifen müssen. Die von verschiedenen Ebenen – lokal, national, supranational und international – erarbeiteten Regelungen erfordern dabei Legitimation. Die politischen Schritte dorthin beziehen sich im wesentlichen auf drei Dinge, die es zu tun gibt: Integration, Souveränitätsverzicht und eine Reform der Institutionen globaler Ordnungspolitik.

2. DIE DIGITALE REVOLUTION ENTLÄSST IHRE KINDER

Das Ende des Ost-West-Konflikts war der ›Big Bang‹ der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Er planierte den Weg für die Entfaltung der neuen Globalisierung. Politisch bedeutete er unter anderem die Verwirklichung einer grandiosen politischen Partizipation, sofern diese nicht durch Repressionen von autokratischen und undemokratischen Regimen verhindert wurde. Dies war anfangs aufgrund des Faszinosums der vielen theoretischen Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen auf dem Globus auch nicht der Fall. Eine Grundlage dafür waren neuartige technologische Möglichkeiten der politischen Partizipation, die durch die Digitalisierung der Information, durch das Internet und durch mobile Endgeräte wie Laptops, Smartphones und Tablets vorangetrieben wurden. Dabei wurde im Zeitverlauf aber klar, dass (1.) technologische Quantensprünge alleine keine basisdemokratische Revolution mit paradiesischen Endzuständen produzieren würde und dass (2.) viele Hoffnungen und Versprechungen der digitalen Revolution im Sumpf ihrer vielen Missbrauchsmöglichkeiten versinken würden. Zur Mitte der 2010er Jahre hat sich gezeigt, dass die positiven politischen Effekte der Digitalisierung durchaus mit vielen negativen Auswüchsen und Enttäuschungen kontrastierten. Verglichen mit der positiven Aufbruchsstimmung der ›kalifornischen Bewegung‹, die einen Anstrich hatte wie die westliche Hippiebewegung der 1960er und 1970er Jahre, haben die letzten 20 Jahre gezeigt, dass die digitale Revolution ihre Kinder in den Zwiespalt von Euphorie und grundtiefer Enttäuschung ob der befreienden globalen Wirkungen des technologischen Fortschritts entlassen hat. Dennoch bleiben die politischen Innovationspotenziale der Digitalisierung für politische Freiheit und demokratische Partizipation evident.

Der bedeutendste politische Effekt der Digitalisierung ist die Demokratisierung der Information, ...

Ein Effekt der Digitalisierung im Zeitalter der Globalisierung war insbesondere die potenziell mögliche Demokratisierung der Information. Diese Erwartung illustriert zunächst rein quantitativ der Anstieg der Zahl der Internetnutzer weltweit. So stieg die Zahl der User von 121 Millionen Nutzern 1997 über

1.373 Milliarden Nutzern 2007 auf 2.756 Milliarden User 2013 an.³ Die Anzahl der Personen, die das Internet über ihr mobiles Endgerät nutzen, lag im Jahr 2013 bei 1,91 Milliarden Menschen.⁴ Das waren rund ein Drittel aller Menschen auf dem Globus. Es war also nicht falsch zu glauben, dass damit große Partizipationsmöglichkeiten verbunden sind und diese aufgrund der neuen technologischen Möglichkeiten auch politisch umgesetzt werden würden.

Die Digitalisierung der Information speist das koronare Herzkranzgefäß der Globalisierung. Damit werden die Durchsetzung der Menschenrechte und die Verbreitung demokratischer Werte genauso verbunden wie die Förderung von Pluralismus und kultureller Vielfalt. Die Digitalisierung der Information erlaubte es Menschen auf der ganzen Welt problemlos miteinander zu kommunizieren und Wissen und Meinungen auszutauschen. Dieses Netz verändert die Form und die Intensität politischer Kommunikation. Sie durchbricht die Macht von ›Gate-Keepern‹ in der Presse, von etablierten Meinungsmachern und TV. Verbesserte Artikulationsmöglichkeiten bedeuten im Ergebnis veränderte oder neuartige Aktionsmöglichkeiten auch von solchen politischen Akteuren, die bisher eine untergeordnete Rolle gespielt haben, nun aber die immer preisgünstigeren und benutzerfreundlicheren Kommunikationstechnologien nutzen können, um sich politisch zu organisieren. In besonderer Weise sind hier die NGO's betroffen. Der erstmals über das Internet organisierte Protest gegen die WTO-Sitzung in Seattle 1999 hat gezeigt, wie dieses Medium in effizienter Weise zur politischen Aktion genutzt werden kann: Inhalte des Widerstands konnten schnell formuliert und verteilt, Orte des Protests festgelegt, Aktionsformen gemeinsam abgesprochen und spezielle Adressaten des Widerspruchs ausgewählt werden. Auch wenn man die Proteste nicht teilen mag, bedeuten die Informationstechnologien nicht nur eine neue Konstellation von Macht, sondern auch die Demokratisierung der Information (Glaab/Kießling 2001: 600).

... die allerdings durch Trickserien der Public Relations schnell konterkariert werden kann

Gleichzeitig ist die Aufrechterhaltung diktatorischer Regime in einer informationstechnologisch integrierten Gesellschaftswelt schwieriger – auch wenn einige Regime oder die Länder alles daran setzen, demokratisierende Wirkungen des Internet zu beschränken. Informationstechnologische Innovationen erschweren die Behauptung totalitärer Informationsmonopole und erleichtern

3 | Vgl. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/186370/umfrage/anzahl-der-internetnutzer-weltweit-zeitreihe/>, aufgerufen am 6. November 2014.

4 | <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/172505/umfrage/anzahl-der-personen-weltweit-die-mobil-das-internet-nutzen/>, aufgerufen am 6. November 2014.

die Vielfalt der Meinungsbildung. Gerade die Freiheit des Internet unterläuft die Möglichkeit autoritärer politischer Systeme, politische oder kulturelle Kommunikation zu unterbinden. In der transnationalen Technologiegesellschaft nimmt selbst unter totalitären Bedingungen die Menge der Wissenschaftler, Manager oder anderer Personen zu, denen man alleine aus ökonomischen Gründen einen relativ freien Zugang zu den Quellen des Wissens gestatten muss und die auch das Privileg längerer Auslandsaufenthalte in Anspruch nehmen können. Sie haben die Gelegenheit, Erfahrungen mit den Lebensverhältnissen in freien Systemen zu machen und haben so Kenntnisse, welche die herrschende Ideologie im eigenen Land desavouieren können. Der informationstechnologische Fortschritt mindert also die Chancen der Bewusstseinskontrolle, die George Orwell zur Grundlage seiner Horrervision einer totalitären Gesellschaft in seinem Roman ›1984‹ machte. Er ist ein Medium der Beschleunigung, der Diffusion von Information und damit des Abbaus der Chancen zu einer perfekten Vergangenheits- und Gegenwartskontrolle.

Die Geschichte vom italienischen Duce und dem Stallburschen ist exemplarisch, bringt einen aber auch zum Schmunzeln

Der Philosoph Hermann Lübbe hat diesen Mechanismus mit einem entlarvenden und amüsanten Rekurs illustriert:

»Die Älteren mögen sich noch an jenes pompöse Bild erinnern, dass uns auf einem Schimmel mit hochehobenem Schwert Mussolini⁵ als ›Schutzherrn des Islam‹ zeigte. Im Original zeigte aber das Foto überdies einen Stallburschen, der für alle Fälle das Ross am Zügel hielt – eine Szene von nicht gerade heroischer Anmutungsqualität. Entsprechend wurde der Stallbursche wegretuschiert und das so imperial gemachte Foto millionenfach propagandistisch verbreitet. Aber die Beseitigung des ungleich weniger imperialen Originals gelang nicht vollständig. Unter der Hand blieb das Bild des stallburschenbetreuten Duce verbreitet, und die Römer hatten zu lachen« (Lübbe 1997: 22).

In der Konsequenz aber heißt dies: In der Informationsgesellschaft werden in totalitären Systemen Vergangenheitskontrollen als wesentliche Voraussetzungen für die Erfüllbarkeit der Anmaßung historisch unverbrüchlicher Konstanz ideologischer Wahrheit immer geringer.

Information kann heute definitiv nicht mehr umfassend kontrolliert werden. Besonders das Internet hat die These vom ›dämonischen Einfluss‹ und der Gleichschaltung der Medien, die in den 1970er Jahren des 20. Jahrhun-

5 | Es handelt sich um den italienischen Politiker Benito Mussolini, der als Duce del Facismo und Capo del Governo von 1925 bis 1943 als Diktator an der Spitze des italienischen Staats stand.

derts von der ›Frankfurter Schule‹ in Deutschland popularisiert worden ist, widerlegt. Der italienische Soziologe Gianni Vattimo zeigte bereits früh auf, dass heute nicht nur das aufgezeichnet wird, was aus der Sicht der herrschenden sozialen Klassen relevant erscheint. Vielmehr setzt sich auch das durch, was von vielen verschiedenen Orten aus über den Äther geschickt, ins Internet gestellt oder über ein anderes Medium verbreitet wird. Die Multimedialität trägt dazu bei, dass es unmöglich wird, die Welt und die Geschichte unter einheitlichen Gesichtspunkten zu sehen. An die Stelle unverrückbarer und nicht zu widerlegender ›Wahrheiten‹ tritt vielmehr die Vielfalt der Standpunkte und Meinungen. Die Pluralität verstellt den Blick auf nur eine gültige Wahrheit und bewahrt damit die Möglichkeit der eigenen Interpretation. Vattimo sah deshalb bereits vor 20 Jahren keinen Anlass, die Entwicklungen der Mediengesellschaft mit Sorge entgegen zu blicken, denn ihre Transparenz ist der Garant ihrer Wahlfreiheiten – und letztlich ihrer Authentizität (Vattimo 1992).

Die Freiheit des Internet unterläuft die Möglichkeit autoritärer Systeme, politische, wirtschaftliche und kulturelle Kommunikation zu kontrollieren. In Ländern wie China oder Singapur, wo der Staat die Nutzung des Internet zu kontrollieren sucht, wird sich im 21. Jahrhundert zeigen, ob offene Kommunikation gesellschaftliche Stabilität oder politischen Konflikt befördert. Bislang galt, dass der Wirkungsgrad des Internet für China eingeschränkt wird und deshalb für den autoritären Staat offenbar wenig bedrohlich ist. Allerdings ist das Netz auch dort zweifellos ein Machtfaktor, der die gesellschaftliche und politische Realität Chinas zusammen mit der wirtschaftlichen Modernisierung beeinflussen wird. 2014 konnte China bereits 618 Millionen Internetnutzer gegenüber 275 Millionen Nutzern in den USA vorweisen.⁶ Das Land ist damit innerhalb von wenigen Jahren zur größten Online-Nation geworden, wobei diese Zahl angesichts einer Gesamtbevölkerung von 1,35 Milliarden Menschen in China gegenüber von etwa 318 Millionen Amerikanern zu relativieren ist.

Die entscheidende Frage in China ist: Wie lange funktioniert eine ökonomische Liberalisierung ohne die Begleitung durch politische Freiheit?

Vergleiche der freien Verfügbarkeit von Informations- und Kommunikationstechnologien zeigen eine direkte Korrelation zur Qualität politischer Partizipation, zu freier Marktwirtschaft, zu hohem Lebensstandard sowie zur Achtung

6 | Vgl. www.zdnet.de/88181587/china-meldet-618-millionen-internetnutzer/ und <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/205251/umfrage/anzahl-der-internetnutzer-in-den-usa/>, aufgerufen am 7. Oktober 2015.

von Menschenrechten auf,⁷ wobei es hier nicht nur um den Zugang zum Internet sondern auch zu ›konventionellen‹ Kommunikationsmedien wie Brief, Satelliten-TV, Radio oder Telefon geht. Auch für China ist dieser Sachverhalt relevant; bisher wird eine freie Internetkommunikation durch die staatliche Überwachung der Internetaktivitäten der chinesischen Bürger zum Beispiel durch Backbone-Router und IP-Adressblockaden und durch eine Zensur direkter politischer Kommunikation allerdings weiterhin blockiert.⁸ Die empirische Erfahrung der Wissenschaft allerdings ist, dass keine wirtschaftliche Liberalisierung auf Dauer ohne die Gewährung von politischer Freiheit aufrecht zu erhalten ist. Wie ein Damoklesschwert lastet die Frage auf dem Land, wann wirtschaftliche Liberalisierung endgültig zu einer massenhaften Forderung nach mehr politischer Freiheit führen wird. Ähnliches gilt für Russland, dass allerdings mit Blick auf eine vergleichbare wirtschaftliche Dynamik weit hinter China zurück liegt.

Die entscheidende Frage für Russland ist: Wann implodiert diese Gesellschaft aufgrund von gesellschaftlicher Apathie und politischer Unfreiheit?

In kaum einem anderen Staat werden die digitale Revolution und politische Liberalisierungsbestrebungen so scharf unterdrückt wie in Russland. Dies korrespondiert aber – im Gegensatz zu China – mit einem relativen Stillstand in der gesamten Modernisierung des Landes. Während in China zumindest die makroökonomischen Daten steile Wachstumserfolge zeigen, stagniert das Land in jeder Hinsicht. Der Bertelsmann Transformations-Index zeigt seit Jahren auf, dass das Land mit Blick auf Fortschritte zu mehr Demokratie und Marktwirtschaft lahmst und alle innen- und außenpolitischen Entwicklungen der 2010er Jahre haben gezeigt, dass sich das Land einem neuen Putinismus beugt und politisch wie wirtschaftlich eher im Abstieg begriffen ist. 2016 er-

7 | So die frühe und warnende Beurteilung von Experten auf der Tagung »Informationstechnologie und Sicherheitspolitik« der Bundesakademie für Sicherheitspolitik am 21./22. November 2001 in Berlin.

8 | Backbone-Router filtern im Rahmen einer Rasterung von Informationen systemkritische Informationen aus. So werden IP-Adressen auf kritische Wörter wie etwa »Revolution«, »Demokratie« oder »Falun-Gong« untersucht, um unliebsame Informationen herausfiltern zu können. Jeder Rechner hat eine sogenannte IP-Adresse (das ist eine Identifikation des Rechners und seines Nutzers, ähnlich eines Straßennamens und einer Hausnummer); wenn zwei Teilnehmer eine TCP-Verbindung aufgebaut haben, mit der sie über die übliche Internetkommunikation via HTTPS kommunizieren, werden von Rechnern, die diese Kommunikation kontrollieren, die anvisierten Rechner bei der Versendung von sogenannten IP-Paketen gestört.

reichte dieser Zustand der Agonie einen neuen Höhepunkt. Russland war hart von den westlichen Wirtschaftssanktionen durch seine Ukrainepolitik und durch die gefallenen Öl- und Gaspreise gezeichnet und der strikte Putinismus ließ demokratische Freiheiten oder eine neue Öffnungspolitik gegenüber dem Westen nicht zu.

Vor zehn Jahren wurde das Internet als Heilsbringer der direkten Demokratie gepriesen – heute wissen wir: Es entstanden Reibungsflächen zwischen digitaler Demokratie, politischer Macht und wirtschaftlicher Begehrlichkeit

Die Digitalisierung der Politik und die Demokratisierung der Information stellte von Anfang an die Frage nach dem Verhältnis von technologischem Fortschritt und politischer Macht. Exemplarisch hat der britische Essayist des Trendmagazins Wired, John Browning, diesen Zusammenhang bereits früh thematisiert. Browning trat Anfang der 2000er Jahre als Intellektueller auf den Plan, der zu einer avantgardistischen ›Community‹ von Zukunftsdenkern der Internet-Gesellschaft gehörte. Auch Manuel Castells, Esther Dyson, Jane Metcalf oder Luis Rosetto standen in den 2000er Jahren für eine Szene in den USA, welche die Möglichkeiten des Netzes, seiner Kultur und Ökonomie ausloteten. Diese Debatten zeigten eine große Ambivalenz in der Bewertung des demokratischen Potenzials der Internetgesellschaft. Prinzipiell wurden damals einerseits die Stärken der Technologien für eine direktere Demokratie und effektivere öffentliche Verwaltung betont; andererseits befasste sich eine kritische Sicht mit den Möglichkeiten der Manipulation in der modernen Gesellschaft. Heute wissen wir: Mit Blick auf die realen ökonomischen, sozio-kulturellen und politischen Abartigkeiten und Machenschaften in der Netzwerkgesellschaft war durchaus auch Skepsis angebracht.

Ausgehend von der Prämisse, dass die Welt der Arbeit durch eine Welt der Ideen, Images und Argumente, durch eine Welt der Information, abgelöst wird, erwartete etwa Browning gravierende Änderungen für die politische Qualität des politischen Systems. Das Internet ermögliche vor allem die stärkere Eigenbestimmung von Menschen. Lokale, regionale oder transnationale Netzwerke könnten hierbei Funktionen für die Menschen erfüllen, zu denen etablierte Parteien, öffentliche Verwaltungen oder die klassischen Medien nicht mehr in der Lage seien.⁹ Während sich etwa auch der Schweizer Politikwissenschaftler Heinz Kleger (Kleger 1998) vom Netz mehr Chancen für eine direkte und transnationale Demokratie versprach, waren der Demokratie-

9 | Vgl. John Browning auf der Trilateral Agenda Conference des Centrums für angewandte Politikforschung (C•A•P) der Ludwig-Maximilians-Universität München am 22./23. März 1998. Dokumentiert unter www.cap.uni-muenchen.de/fgz, aufgerufen am 6. November 2014.

theoretiker Benjamin R. Barber, der Ökonom Herbert Schiller (Schiller 1998) oder der Medienkritiker Ben Bagdikian (Bagdikian 1997) von Anfang an skeptisch. Für Barber bedroht der unkontrollierte Wettbewerb der Inhalte auf den Informationsmärkten – den die amerikanische Publizistin der Informationsgesellschaft, Esher Dyson, zum Kern des Internet und damit zur Grundlage einer Demokratie »von unten« stilisierte (Dyson 1997) – aufgrund der zu erwartenden ökonomischen Konzentrationsprozesse den Gleichheitsgrundsatz der Demokratie.

Barber sprach sich deshalb für eine wirksame Kontrolle der neuen Technologien aus, damit ihr Missbrauch durch die nur am Profit und nicht am Gemeinwohl orientierten Hard- und Software-Kartelle die Demokratie nicht unterminiert. Er schrieb:

»In der solipsistischen¹⁰ virtuellen Realität des Cyberspace scheint die Öffentlichkeit an sich gefährdet zu sein. Der Kommerz tendiert nicht allein zum Monopol, er setzt auch einzig und allein auf Privatisierung, und die Privatisierung ist der Tod der Demokratie. Denn Demokratie hat immer mit dem öffentlichen Wollen und dem öffentlichen Nutzen sowie dem Gemeinwohl zu tun. Dezentralisierung kann die Demokratie stärken, Privatisierung untergräbt sie nur« (Barber 1997: 129).

Ben Bagdikian sekundierte, wenn er sich auf die Deregulierung und Kommerzialisierung der Telekommunikations- und Rundfunksysteme bezog. Er meinte:

»Die Macht der Unternehmen, die das gesamte gesellschaftliche Leben durchdringen können, hat kein Beispiel in früheren Epochen. Indem sie die alte und die neue Technik nutzen, wechselseitig Anteile aneinander besitzen, in Joint Ventures als Partner agieren und durch andere Formen der Kooperation hat diese Hand voll Giganten geschaffen, was nur als neues Kommunikationskartell zu betrachten ist. [...] Es geht hier nicht nur um Unternehmenskennzahlen wie Produktionsziffern, auch nicht um gewöhnliche Industrieprodukte wie Kühlschränke oder Textilien. Es geht hier um den Besitz von Macht, nahezu jeden Mann, jede Frau und jedes Kind mit kontrollierten Bildern und Worten zu umzingeln [...], die politische Tagesordnung [...] zu verändern. Und mit dieser Macht geht die Fähigkeit einher, einen Einfluss auszuüben, der größer ist als der von Schulen, Religion, Eltern und sogar des Staates« (Bagdikian 2000: 300).

Im Grunde ging es in dieser frühen Phase der Politisierung und der Kommerzialisierung des Internet darum, wie sich Deutungshoheit und politische Macht im Rahmen dieses vollkommen neuen Mediums generieren. Das Ver-

10 | Der Solipsismus ist ein egozentrischer Standpunkt, der nur das eigene Bewusstsein als Realität gelten lässt.

hältnis von technologischem Fortschritt, wirtschaftlicher Deregulierung und politischer Macht wurde dabei in zweifacher Hinsicht belastet. Einerseits war es unentschieden, ob Markt und Technologie Pluralisierung und demokratischere Verhältnisse aus sich selbst heraus erschaffen werden, was die Formel von der Manipulation und Kommerzialisierung ersetzen könnte. Informations- und Kommunikationstechnologien (ITK-Technologien) schaffen die Möglichkeit einer pluralistischen und demokratischen Kommunikation, was den Einfluss der Industrie zügeln kann – wenn eine wache Gesellschaft ihre sozio-kulturellen Ansprüche und verbrauchsrelevanten Interessen hartnäckig an die Politik kommuniziert. Andererseits wurden die Ansichten in der Öffentlichkeit polarisiert. Greift man etwa den Standpunkt Benjamin Barbers auf, so wurde die Verortung der Debatte im Koordinatensystem sozio-ökonomischen Machtverhältnisse deutlich. Er warnte davor, dass sich der Streit um die Regulierung des Internet als gesellschaftliches Konfliktthema aggressiv aufladen könnte, wenn es in verhärtender Weise weiter auf den Schlachtfelder der Kapitalismuskritik ausgetragen wird.

Dies war in den 2000er Jahren in vielfältiger Hinsicht der Fall. Gleichzeitig wurden viele Kontroversen über das Internet und die Social Media zunehmend in eine breitere Öffentlichkeit überführt. Das Internet wurde so einerseits das entscheidende Schlachtfeld der ideologischen, intellektuellen und sachlichen Debatten. Andererseits setzten sich praktische Anwendungsfelder im Rahmen der politischen Kommunikation immer mehr durch und erreichten Ende der 2000er Jahre die professionalisierten Felder der politischen Kommunikation im Rahmen der Public Affairs und der Corporate Social Responsibility (CSR). Gegenüber der akademischen Diskussion über die Manipulationsmöglichkeiten von Wirtschaft und Politik von oben herab (Top-Down), ergaben sich vielfach beachtete und belastbare Kommunikationsstränge von unten nach oben (Bottom-Up). Die Etiketten dieses Trends wurden zur Ordnung des Phänomens mit den Konzepten der e-politics, des e-voting und des e-campaigning versehen. Sie veranschaulichten den Einfluss der Digitalisierung auf den Input der Politik.

E-politics, e-voting und e-campaigning wurden zu normalen Instrumenten der digitalisierten Politik

Vieles sprach Anfang der 2000er Jahre dafür, dass der Mehrwert des Internet für die Demokratie ambivalent zu bewerten war. Der ›Netizen‹, der gut informierte und politisch vielseitig aktive ›Netzbürger‹ und eine wie aus dem Nichts auftauchende Phalanx der digitalen Demokratie entpuppten sich erst einmal als eine schwache Illusion. Nach einer Untersuchung der Politikwissenschaftler Manuela Glaab und Andreas Kießling Anfang der 2000er Jahre wurden die Medien von denjenigen am häufigsten genutzt, die aufgrund ihrer Bildung

und ihres Berufs ohnehin aktiver sind. Dennoch waren Untergangsszenarios, die auf die elektronische Demokratie projiziert worden sind, ebenso unrealistisch wie irgendwelche diffusen Heilserwartungen. Alles in allem sind positive Effekte und Verbesserungen sowohl für die Nachfrage- als auch Angebotsseite hervorzuheben. Auch wenn sich das Verhalten der breiten Masse der Bürger nicht so schnell ändern wird: Das Internet erleichtert den Zugang zu Informationen durch neue Kommunikations- und Partizipationsformen (Glaab/Kießling 2001: 604). Die Angebotsseite der Politik wurde durch IKT-Technologien stärker erfasst. Besonders in den USA haben Parteien und Politiker das Internet schnell als wichtige Plattform ihres Wahlkampfes erkannt und etabliert – viele andere Länder und politischen Systeme folgten dem unverzüglich nach. So konnte der amerikanische Präsidentschaftskandidat McCain mit einer für ihn eingerichteten Website 20 Prozent mehr Wähler erreichen als mit herkömmlichen Methoden. Die Einrichtung der »Site« kostete 300.000 US-\$. McCain konnte auf diesem Wege 5,6 Millionen US-\$ an Wahlkampfspenden akquirieren.¹¹ Dieses Beispiel hat in den USA dann schnell Schule gemacht. Wie kein anderes politisches Wahlkampfteam hat sich schließlich die Crew um den demokratischen Präsidentschaftsbewerber Barak Obama 2008 den politischen Werbemöglichkeiten des Internet geöffnet – mit großem, wahrscheinlich sogar wahlentscheidenden Erfolg, wobei es hier auch nicht nur um die Akquisition von Spendengeldern ging, sondern auch um die Mobilisierung ansonsten politisch passiver Wähler und die Formulierung einer alternativen Politik für die Vereinigten Staaten von Amerika.

Auch in Deutschland wurde das Internet für die Parteien und Politiker immer wichtiger. Es ist heute selbstverständlicher Teil des politischen Geschäfts. Bei der Bundestagswahl 1998 verzichtete keine Partei mehr auf den elektronischen Wahlkampf (e-campaigning). Sie sahen in dem Medium große Chancen, weil damit Informationen ungefiltert, authentisch, kurzfristig und damit schlagkräftig zur Verfügung gestellt werden konnten. Eine große Bedeutung erhielt das Internet darüber hinaus für die innerparteiliche Kommunikation. So veranstaltete die CDU 2000 im Vorfeld des »realen« kleinen Parteitages in Stuttgart am 20. November 2000 einen »virtuellen« Parteitag zum Thema Bildung. Der Parteitag des Bündnis 90/Die Grünen fand im gleichen Jahr dann gleichzeitig im Netz statt. Die digitale Welt erreichte in den kommenden Jahren alle Bereiche des politischen Betriebs. Das Internet veränderte Wahlkämpfe, politische Debatten und sogar das Intrigenspiel der Politik. Die Verjüngung

11 | Daten nach Aussage des amerikanischen Wahlkampfberaters Tracy Westen auf der Konferenz des Centrums für angewandte Politikforschung (C•A•P) und des amerikanischen Generalkonsulats/München »Cyber Democracy & E-elections: Politik und Wahlen im Internet-Zeitalter« am 20. November 2000. Siehe dazu auch www.cap.uni-muenchen.de/fgz/b_/index.html, aufgerufen am 11. November 2014.

des politischen Personals beförderte den Einzug elektronischer Kommunikation in Legislative, Exekutive und Judikative des politischen Systems. ›Digital Natives‹¹² prägen in zunehmender Weise die Generierung und Ausübung staatlicher Macht. So erfolgte nach dem deutschen Bundestagswahlkampf 2013 ein signifikanter Generationenwechsel bei dem Personal im Deutschen Bundestag. Je weiter der Generationenaustausch voranschritt, desto stärker wurde der Einfluss des Internet und der digital vernetzten Kommunikation auf die Politik. Sie hat handfeste Auswirkungen auf die Art und Weise, wie Abgeordnete Politik gestalten und wie sie mit den Wählern kommunizieren. Heute ist das Thema Internet und Politik durch. Kein Mensch hinterfragt den Nutzen der elektronisch organisierten politischen Kommunikation und niemand kommt an dem ›Instrument Internet‹ in der politischen Kommunikation vorbei.

Politische Kommunikation ist keine Einbahnstraße mehr

Die größere Transparenz der politischen Kommunikation und ein direkterer Austausch von Politikern, Wählern, Parteiaktivisten oder Lobbyisten ist heute eine Errungenschaft der digitalisierten Politik. Einseitige Informationsflüsse von politischen Sendern zu politischen Empfängern sind ein Relikt der Vergangenheit. Axel Wallrabenstein, ein PR-Manager der MSL Group Germany und Parteimitglied der CDU/CSU, Lutz Mache, ein Sozialdemokrat und Tobias Heyer, ein Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen, haben diesen Sachverhalt parteiübergreifend Ende 2013 aus ihrer Sicht dargelegt: Twitterer und Online-Politiker übernehmen in der politischen Zweibahnstraße einen aktiven Part in Diskussionen, greifen den Gegner an oder verteidigen ihre Politik. Das Bild des Politikers zum Anfassen wird auf einmal virtuell real und Bürger wie Lobbyisten können nun schneller an Informationen gelangen, die von Abgeordneten und ihren Büros (gezielt) ins Netz gestellt werden (Wallrabenstein/Mache/Heyer 2013). Handelt es sich um verifizierbare Informationen aus Ausschusssitzungen, Parteibeschlüsse oder Kabinettsvorlagen, ist ein kompetenter Schlagabtausch der Beteiligten jenseits von Desinformationskampagnen oder Manipulationsversuchen der Öffentlichkeit auf Augenhöhe möglich.

Die Kontaktaufnahme ist nicht mehr nur auf das klassische Netzwerken bei parlamentarischen Abenden oder bei bestimmten Treffen der Politikszene möglich. Mit dem Eintauchen der politischen Sphäre in das Social Web ist die Bühne für politische Auseinandersetzungen und für Gesetzesdebatten größer geworden, auch wenn die echte Reichweite dieser politischen Kommunikation schwer zu fassen ist. Insgesamt aber haben das Internet und die Online-Kom-

12 | ›Digital Natives‹ bedeutet digitale Eingeborene. Sie sind die Generation, die im Rahmen der digitalen Revolution aufgewachsen ist und für die die digitale Welt eine Selbstverständlichkeit ist.

munikation die politischen Kommunikationsbedingungen und die Kommunikationsverhältnisse auf den Kopf gestellt. Herrschaftswissen, Geheimnistuerei, kommunikative Abschottung politischer Eliten, das alles funktioniert nicht mehr so wie früher – national und international. Auch Politiker werden gläsern, Vorgänge werden nackt. Man könnte von der Entstehung einer digitalen Parallelwelt sprechen, in der neue Kommunikatoren mit eigenen Kommunikationsstrukturen und Regeln auf den Plan getreten sind und die traditionelle politische und mediale Akteure in ihrem Selbstverständnis, ihrem Selbstbewusstsein und in ihrem Agieren hart attackieren können.

Es wird im Zusammenprall der Kommunikationswelten neue Kommunikationsstile und mehr politische Kontroversen geben, bei denen die Diskussionen online ausgetragen werden. Die politische Auskungelei im Hinterzimmer anhand von Packet-Deals oder windigen Beschlüssen verliert an Bedeutung. Die Intensität nimmt zu, weil mehr Fachvertreter, Lobbyisten und Bürger sich sachkundig und engagiert beteiligen. Viele Aktivisten sind zum Beispiel bei Verbraucherschutzthemen schlagkräftig aufgestellt. Vermeintliche Nischenthemen stoßen online auf viel mehr Interesse als zuvor: Sie werden nicht mehr von Journalisten und Gatekeepern gefiltert und auf 6-zeilige Meldungen beschränkt. Internationale Benchmarks und die explosionsartig angestiegenen Vergleichsmöglichkeiten in Form von wissenschaftlichen Rankings verdeutlichen dabei den positiven Effekt, den die Globalisierung auf solche Beurteilungsfähigkeiten hat.

Neben den demokratischen Effekten der Digitalisierung sind bürokratische und verwaltungstechnische Vorteile unspektakulär – aber bemerkenswert

Im Rahmen der Globalisierung und der Digitalisierung der Information spielen nicht nur demokratische Aspekte der direkteren politischen Partizipation eine Rolle. Jenseits der Problematik der Abhörskandale um den NSA-Fall und andere geheimdienstliche Möglichkeiten der Spionage gegen Staaten und einzelne Personen, ermöglicht die Globalisierung der Information im bürokratischen, militärischen, polizeilichen, geheimdienstlichen und juristischen Bereich Rationalisierungs- und Kooperationspotenziale. Mit Blick auf die chaotischen Entwicklungen in der internationalen Politik erfordert dies eine Güterabwägung gegenüber Bürger- und Freiheitsrechten. Dieser Spagat – und nochmals gesagt, mit Blick auf die Snowden-Affaire und den NSA-Skandal – wird zum Lackmustest der Demokratie. Demgegenüber sind die Vorteile der Digitalisierung für den Bereich der öffentlichen Verwaltung unspektakulär, aber bemerkenswert.

Der Zusammenbruch der New Economy schockierte die Wissensgesellschaft und die Internetwirtschaft. Der Schrecken, dass zwischen März 2000 und Mai 2001 rund 73 Milliarden Euro an börsennotiertem Kapital verbrannt

waren, saß tief. Entsetzen kam auf, als das goldene Kalb fiel und sich sein innerstes als schnöder, nur mit Gold überzogener Ton erwies. Kleinlaut registrierten die Apologeten des Informationszeitalters, dass sich trotz der neuen Technologien die Grundgesetze des Marktkapitalismus und die Gier des Menschen nicht geändert hatten. In den Schatten der Aufmerksamkeit gerieten damit aber die Fortschritte in den politischen Anwendungsfeldern der Technologie, die gegenüber der Übertreibung der Informationswirtschaft mit Blick auf die partizipatorischen und administrativen Aspekte bemerkenswert waren und sind. Staaten arbeiteten weltweit an ihrer Modernisierung. Das elektronisch organisierte Regieren und Verwalten ist ein Königsweg. Es hat Quantensprünge gemacht. Der Drang zum E-Government ist ungebrochen.

Hier muss man zwischen E-Government und E-Governance unterscheiden. Ihre Konzeption und ihr Verständnis sind unterschiedlich. Und manchmal wird E-Government als reine Fortsetzung von E-Business in die Verwaltung projiziert – doch verbirgt sich hinter dem Begriff weit mehr: Eine Erhöhung der Partizipationschancen der Bürger und eine umfassende Modernisierung der Administration mit flacheren Hierarchien und effektiveren Leistungen.

E-Government ist die bedeutendste Innovation im Bereich der öffentlichen Verwaltung und ein Segen für das Verhältnis von Bürger und Staat

Hierbei geht es um die Bereitstellung von Informationen durch Behörden, die Möglichkeiten zum jederzeitigen Abruf aktueller behördlicher Informationen, die Durchführung von Dienstleistungen des Staats gegenüber seinen Bürgern oder die Zusammenführung administrativer Leistungen von mehreren Behörden. Weiter differenzieren lässt sich E-Government in den Informationsaustausch zwischen Staat und Bürgerinnen und Bürgern (Government2Citizens), Unternehmen (Government2Business) und staatlichen Einrichtungen (Government2Government). E-Government versprach interessante Ansätze und respektable Leistungen modernen Regierens. Das haben Regierungen und Administrationen weltweit bemerkt. Sie trieben deshalb ihre Modernisierung voran. Auch die Vereinten Nationen erkannten in den 2000er Jahren, dass E-Government Potenziale für nachhaltige Entwicklungen enthielt und installierten mit dem United Nations E-Government Survey ein Instrument, mit dem jährlich Fortschritte beim Einsatz moderner IKT-Technologien für modernes, effizientes und demokratisch legitimates Regieren gemessen werden (United Nations E-Government Survey 2001ff.). Mit dem Report legt die UNO ein Ranking unter denjenigen Ländern vor, die bei der Innovation von E-Government-Strukturen führend bzw. weit vorangekommen sind. Für 2014 war dies in Europa Frankreich. Das Land lag dabei im weltweiten Vergleich hinter Südkorea, Australien und Singapur beim Ausbau von elektronischen Verwaltungs- und Dienstleistungsstrukturen zudem auf dem vierten Platz.

Die Europäische Union forciert deshalb den Ausbau von informationstechnologischen Strukturen, welche E-Government im Bereich der politischen Partizipation und im Bereich der Qualitätssteigerung von öffentlichen Dienstleistungen voranbringen sollen. Die wesentliche Initiative dafür ist bereits seit einer Dekade die »Digitale Agenda«, die an die Fortschritte der digitalen Möglichkeiten als politisches und technologisches Instrument über den Zeitverlauf immer wieder angepasst worden ist und auch weiterhin angepasst wird. Sie verweist auf die Priorität der EU-Kommission, den Binnenmarkt und auch die öffentliche Verwaltung durch einen verstärkten Netzausbau digital zu modernisieren und im weltweiten Vergleich wettbewerbsfähig zu machen.¹³ Die Bundesrepublik Deutschland schaffte dann mit dem E-Government-Gesetz Mitte 2013 Voraussetzungen für zeit- und ortsunabhängige Verwaltungsdienste.¹⁴ Spät, schaute man sich die Modernisierungsanstrengungen anderer Länder an. Verständlich, schaut man auf die Befürchtungen der auf Sicherheit bedachten Bundesbürger hinsichtlich des Datenschutzes oder der Cyberkriminalität.¹⁵

Insofern machte sich die Welt in den 2000er Jahren auf, auch die politische Kommunikation und das Verwaltungshandeln an die digitale Revolution anzupassen. Die Ergebnisse im Verwaltungshandeln sind bemerkenswert. Die kleine Republik Estland machte es vor. Sie galt in den 2000er Jahren als Musterknabe einer elektronisch durchorganisierten Republik. Schweden folgte. Diese Länder leben die digitale Partizipation und Verwaltung vor. Bereits 2005 konnten die Esten bei den Kommunalwahlen online abstimmen. Zu den Parlamentswahlen 2011 konnte per SMS (Short-Messenger-Services) via Handy und Smartphone gewählt werden. Die estnische Regierung arbeitet komplett papierlos. Der Sitzungssaal des Parlaments in Tallinn ist seit langem mit entsprechender Technik ausgestattet, die Kabinettsitzungen werden online abgehalten. Doch nicht nur die Politik ist in Sachen E-Government fortschrittlich. Die Esten können online ihre Steuererklärung abgeben, die Führerscheinprüfung absolvieren, ein Gewerbe anmelden oder per Handy die Parkgebühren bezahlen. Der Zugang zum Internet ist den Bewohnern Estlands gesetzlich garantiert. Im ganzen Land gibt es Gratis-Hot-Spots, selbst in ländlichen und strukturell schwächeren Regionen. Estland ist mit etwa 1,3 Millionen Einwohnern und der Fläche von der Schweiz ein kleines Land. Insofern ist es schwer, Vergleiche mit den großen EU-Mitgliedsstaaten wie Deutschland oder Frank-

13 | Vgl. http://europa.eu/legislation_summaries/information_society/strategies/si0016_de.htm, aufgerufen am 25. November 2014.

14 | Vgl. www.bmi.bund.de/DE/Themen/IT-Netzpolitik/E-Government/E-Government-Gesetz/e-government-gesetz_node.html, aufgerufen am 25. November 2014.

15 | Vgl. die Untersuchung von ipima (institute for public information management) und initiative D21 bunter www.egovernment-monitor.de/fileadmin/uploads/Dokumente_2013/eGovernmentMONITOR_2013_web.pdf, aufgerufen am 26. November 2014.

reich anzustellen, da alleine die Population und die Fläche technologisch besser zu beherrschen sind. Dennoch zeigt diese kleine politische Entität auf, dass eine konzentrierte technologische Modernisierung binnen einer absehbaren Zeit Erstaunliches vollbringen kann.

3. CHANCEN UND GRENZEN EINER KRITISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT

Ein Teil der Globalisierung ist der Aufstieg der Zivilgesellschaft als politischer Akteur neben den traditionellen politischen Parteien, Regierungen oder den altehrwürdigen gewerkschaftlichen und religiösen Sachwaltern sowie bürgerlichen Honoratioren der Industriegesellschaft. Dieser Aufstieg war das Resultat des Misstrauens in staatliche Autorität, in unternehmerische Redlichkeit und bürgerliche Integrität. Viele Unternehmen oder nichtstaatliche Akteure nahmen ihre politischen Interessen zunehmend selbst in die Hand. Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und neue soziale Bewegungen stießen in den 1990er und 2000er Jahren zunehmend selbstbewusst in den staatlichen Bereich vor. Und schreckten das Establishment auf. Zunehmende international agierende Organisationen und nichtstaatliche Akteure bestimmten immer stärker das politische Geschehen dort mit, wo der Problemdruck herkömmliches staatliches Handeln herausforderte. Eine alternative politische Bewegung entstand. Sie forderte Mitwirkungsrechte und ihre Interessen dort ein, wo sie staatliches Versagen, Korruption oder moralischen Verfall der bürgerlichen Gesellschaft vermutete.

Das Modell eines ruhig funktionierenden Wohlfahrtsstaates wurde konfrontiert mit der Realität von neuen Interessenkonflikten und wechselnden Allianzen der Akteure in der Zivilgesellschaft

Die neue Zivilgesellschaft griff damit verstärkt in die inneren und äußeren Angelegenheiten von Staaten ein. Globalisierung führte dazu, dass traditionelle Aufgaben des Nationalstaats ohne neue Formen der Kooperation und Kommunikation nicht mehr effektiv erfüllt werden konnten. Gegenseitige Abhängigkeiten und wirtschaftliche Verflechtung veränderten den Handlungsspielraum des Nationalstaates, auch wenn ihm das Gewaltmonopol blieb. Die territorial gebundene Demokratie verlor an Substanz, während die Wirkungsmacht transnationaler Politik wuchs – zumeist ohne traditionelle demokratische Legitimation.¹⁶ Ihre Akteure sprossen wie Pilze aus dem Boden, ihr Ge-

16 | Das bedeutete in der damaligen Lesart aber nicht, dass der Staat nicht auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen wird. Kritische Beobachter der damaligen Situation sahen darüber hinaus sogar eine Stärkung des Staats durch die Globalisierung, wenn dieser durch ein anderes Verhalten und mit anderen Konzepten richtig reagiert.

schäft boomte. Es entstand eine Gilde aus Wirtschaftslobbyisten, Stiftungen, gesellschaftlichen Aktivisten, Nichtregierungsorganisationen, Interessenvertretungen, die sich in die Politik einmischten. Die Methodik der Einmischung wurde immer mehr differenziert und subtil. Public Affairs, Politikberatung, angewandte Politikforschung, Corporate Social Responsibility (CSR) und Public Relations wurden zu unverzichtbaren Geschäftsaktivitäten der Wirtschaft und der gelegentlich erbittert gegen das Establishment eingestellten Zivilgesellschaft. Die Tätigkeit dieser mächtigen Interessenvertretungen fügte sich wie eine zusätzliche Blutbahn in das koronare Herzkranzgefäß der politischen Globalisierung ein. So entwickelte die Globalisierung in der Wirtschaft wie in der Zivilgesellschaft politische Gegenmacht. Selbstredend provozierte dies neue Konflikte zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die verstaubten Klassenkonflikte der Industriegesellschaft wurden durch neue Kämpfe um wirtschaftliche Besitzansprüche, Besitzstände, Interessenwahrung und um die Deutungshoheit der Globalisierung ersetzt.

Transnationale Unternehmen sind aufgrund ihrer Größe, Ausrichtung und ihres Einflusses manchmal mächtiger als Staaten

Transnationale Unternehmen (TNU) wuchsen durch internationale Standortpolitik, strategische Allianzen und Lobbyismus zu Akteuren der internationalen Politik heran. Sie sind eine treibende Kraft der Globalisierung, da sie über die organisatorischen, technischen und finanziellen Ressourcen verfügen, um eine Strategie des ›global-sourcing‹ umzusetzen. Nach Angaben der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) lag die Zahl der TNU Ende der 1960er Jahre bei etwa 10.000. Bis zum Jahr 1990 stieg die Gesamtzahl auf rund 35.000 und erhöhte sich bis zum Jahr 2000 noch einmal deutlich auf gut 63.000. Mit 82.000 TNU erreichte die Anzahl im Jahr 2008 einen Höchstwert. Parallel zur steigenden Anzahl der TNU erhöhte sich auch die Zahl ihrer Tochterunternehmen von 150.000 im Jahr 1990 auf 807.000 im Jahr 2008. Allerdings wurde im Jahr 2003 mit 927.000 die bisher höchste Zahl an Tochterunternehmen erreicht.¹⁷ Sie haben gigantische Anteile am Welthandel, wobei ein großer Teil dessen im Grunde nicht mehr den nationalen Außenhandelszahlen zuzurechnen ist, denn es handelt sich um innerbetriebliche Investitionen, Warenlieferungen und Dienstleistungen.

Das Volumen dieser globalen Finanztransaktionen wird auf mehrere hundert Milliarden Dollar pro Tag geschätzt. Ein Drittel davon findet ausschließlich im Inneren transkontinental operierender Unternehmen statt, also innerhalb eines Konzerns, der Geld von einem Profitzentrum zu einem anderen

17 | Vgl. www.bpb.de/wissen/3MGDOS,0,0,Anzahl_Multinationaler_Unternehmen.html, aufgerufen am 5. Dezember 2014.

überträgt. Die transnational operierenden Unternehmen erwirtschaften Umsätze, die das Bruttosozialprodukt von Staaten übertreffen. Die Umsätze von General Motors übertrafen mit ca. 125 Milliarden US-\$ schon im Jahr 1995 das Bruttosozialprodukt einer mittleren Volkswirtschaft wie Norwegen.¹⁸ Wal-Mart hatte 2013 einen Jahresumsatz von 470 Milliarden US-\$, Exxon Mobil von 450 Milliarden US-\$ und Apple von 156 Milliarden US-\$.¹⁹ Damit hatten alleine diese drei amerikanischen Unternehmen kombiniert etwa doppelt so viel Umsatz wie Deutschland, dessen Steuereinnahmen 2013 »nur« etwas über 570 Milliarden Euro betrugen.

NGOs galten mit Blick auf die globalen Aktivitäten der Unternehmen und der globalen Handlungsschwäche des Staates als Gegenmacht

Ende des 20. und Anfang des 21. Jahrhunderts galten die Nichtregierungsorganisationen als Hoffnungsträger für eine globale Ordnungspolitik. Die Hoffnung war, dass sie diese mitprägen und dies vor allem auf eine nicht profitorientierte und basisdemokratischere Art und Weise tun würden. Insofern entstand ein Bild von den NGOs als faire Interessenvertreter der zivilen Gesellschaft. In den 2000er Jahren entstand das Konzept des »Partizipatorischen Wohlfahrtstaates«. Ihm lag die Vorstellung zugrunde, dass sowohl die Wirtschaft als auch NGOs, soziale Bewegungen und Bürger sich stärker am Gemeinwohl beteiligen und eine positive Gesellschaftsentwicklung befördern würden. Als Grundlage für diese Erwartung diente ein erkennbarer Trend zu mehr stiftungspolitischem Engagement der Unternehmen und der reichen Gesellschaftsschicht, zu mehr Bürgerbeteiligung, Selbsthilfe, Alltagssolidarität und ehrenamtlichem Engagement in der Gesellschaft. Unternehmen, Bürger und NGOs strebten eine aktivere Rolle an und sprachen und handelten von nun an nicht nur, wenn sie gebetene Gäste der Politik gewesen sind. Daran mussten sich Politiker und Beamte gewöhnen. Von da an galt, dass politisches Handeln nicht nur von staatlichen Institutionen von oben nach unten gesteuert, sondern auch von dezentralen und eigenständigen Netzwerken von unten nach oben beeinflusst wird.

Der Einfluss der Unternehmen und der Zivilgesellschaft setzte Akzente einer problematischen Privatisierung der Politik

Mit ihrer unterschiedlichen Handlungslogik beeinflussen Unternehmen wie NGOs dabei staatliche Macht, die sich an Machtinteressen und Rechtsprinzi-

18 | Vgl. »Trommler der Empörung«, in: Der Spiegel vom 21. Januar 2002.

19 | Vgl. www.giga.de/unternehmen/apple/news/satter-jahresumsatz-apple-erstmal-in-top-10-der-fortune-500-liste/, aufgerufen am 2. Dezember 2014.

prien orientiert. NGOs leben vom freiwilligen Engagement. Sie streben zwar keine ökonomischen Gewinne an, sind demokratisch aber nicht legitimiert und verfolgen häufig nur partikulare Interessen. Andererseits stehen sie permanent im Lichte der Öffentlichkeit. In der Praxis achten sie deshalb oft mehr auf die öffentliche Meinung als bürokratische Apparate. Unternehmen gründen sich auf Kosten-Nutzen-Kalkülen und Renditeerwartungen und sind nicht genuin am Gemeinwohl interessiert.

Die Privatisierung der Weltpolitik umfasst damit erstens die Entstaatlichung der Politik, indem Zwang und Verbindlichkeit durch freiwilliges Engagement substituiert werden. Sie betrifft zweitens die Kommerzialisierung der Politik, die auf Rationalisierung durch Marktmechanismen und durch Orientierung am Eigennutz abzielt. Als Meilenstein dieser Entwicklung identifizierte der Friedensforscher Hartwig Hummel die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED), die 1992 erstmals private Akteure in den politischen Kommunikationsprozess mit einbezog (Hummel 2001). Private Unternehmen, zusammengeslossen im Business Council on Sustainable Development (BCSD) propagierten dort marktwirtschaftliche Lösungen für ökologische Probleme, während ein bunt gemischtes Bündnis gemeinnütziger NGOs nachhaltige Entwicklung mit der Mobilisierung der Gesellschaften im Rahmen der Agenda 21 verband. Im Laufe der Zeit nahmen die Aktivitäten sowohl der Wirtschaft als auch der sozialen Bewegungen zu. Am augenfälligsten manifestierte sich dies im Wirken des Weltwirtschaftsforums in Davos im Schweizerischen Graubünden und in dem alternativen Weltsozialgipfel. Beide Foren sind hervorragend organisiert, hoch aktiv und realisieren Wirkungsmacht auf die operative Politik. Aus dem erhofften Miteinander von Wirtschaft und Zivilgesellschaft entstand leider schnell ein Gegeneinander von unterschiedlichen Interessen, das auf den politischen Meinungsbildungsprozess der Politik eine polarisierende Wirkung hatte und weiter haben wird. Das utopische Szenario des partizipativen Wohlfahrtsstaates wurde ersetzt durch das realistische Szenario einer neuen Lagerbildung in der Zivilgesellschaft, die sich einreihete in die gewohnten Verteilungs- und Partizipationskonflikte des 20. Jahrhunderts.

Nichtregierungsorganisationen sind heute mächtige und fest etablierte Akteure einer Weltzivilgesellschaft

NGOs haben mittlerweile eine lange Tradition. Global agierende, nicht-staatliche Akteure wie die Kirche, Orden, weltumspannende Handelshäuser wie die Fugger oder die norddeutsche Hanse gab es schon vor der Bildung von Nationalstaaten. Organisationen wie das Rote Kreuz, die Vereinigung christlicher junger Männer (YMCA) oder die internationale Arbeiterorganisation agierten wirksam und über nationale Grenzen hinweg. Sie betrieben so auch

eine Art von Außenpolitik im Schatten. Ihre Definition ist umstritten. So sind die konzeptionellen Unterschiede zwischen NGOs, sozialen Bewegungen oder Solidaritätsbewegungen häufig unklar. Definitorisch gelten sie vielen als nicht geklärt.

Die Anzahl von NGOs ist dementsprechend unklar, ihr Wirken somit nicht eindeutig im Umfeld von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zuzuordnen. Im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (Economic and Social Council, ECOSOC) engagieren sich 54 Mitgliedstaaten auf wirtschaftlichen und sozialen Gebieten. Konkrete Aufgaben sind die Hebung des allgemeinen Lebensstandards in der Welt, die Formulierung von Lösungsvorschlägen für internationale wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Probleme, die Förderung der internationalen Kooperation in Kultur und Erziehung sowie die Förderung der Menschenrechte.²⁰ Er listet seit 1948 NGOs mit konsultativem Status auf. Dies integriert also solche Organisationen, die als soziale Interessenvertretungen im weiteren Sinne anerkannt und praktisch bei der UNO als solche akkreditiert sind. Demnach hat die Zahl der dort geführten NGOs von 1948 mit 40 notierten Akteuren auf 3.900 im Jahr 2013 zugenommen.²¹

Im Gegensatz zu Wirtschaftsunternehmen und ihren Verbänden und Stiftungen, die eher Partikularinteressen vertreten und sich explizit nicht als Teil einer globalen Zivilgesellschaft verstehen, entstand in den 1990er und 2000er Jahren die Idee einer Weltzivilgesellschaft, deren tragende Säulen neben dem Staat eine in sich gefestigte und kooperierende Phalanx zivilgesellschaftlicher Akteure ist. Aber auch dieses Wunschbild fiel der Fragmentierung, den Feindbildern oder den entstehenden Lagern innerhalb der Zivilgesellschaft zum Opfer. Festzuhalten bleibt: Die Anzahl der NGOs hat stark zugenommen, etablierte Organisationen wie Amnesty International, Greenpeace oder Transparency International haben ein erhebliches Gewicht. Die Globalisierung hat eine zivilgesellschaftliche Facette, die mit Blick auf Global Governance politisch relevant und wirkungsmächtig geworden ist. So gibt es starke Netzwerke der Zivilgesellschaft, die sich im Laufe der 2000er und 2010er Jahre natürlich auch unterstützt haben, um eine Phalanx gegenüber der etablierten Politik bilden zu können. Es sind dabei – so wie zwischen internationalen Unternehmen üblich – strategische Allianzen, die von Fall zu Fall geschlossen werden und eine große politische Wirkungsmacht entfalten können.

20 | Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschafts-_und_Sozialrat_der_Vereinten_Nationen, aufgerufen am 5. Dezember 2014.

21 | Vgl. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/158268/umfrage/entwicklung-der-anzahl-von-ngos-weltweit-seit-1948/>, aufgerufen am 5. Dezember 2014.

4. SMART POWER ALS ERGÄNZUNG MULTIPOLARER REALPOLITIK

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts brach die Aufteilung der Welt in eine westliche, unter Führung der USA stehende und eine östliche Hemisphäre, in der die UdSSR die Macht hatte, zusammen. Nach Auflösung der Sowjetunion wurde die bipolare Welt Makulatur. Schnell, vorschnell, wurden die USA in ihrer Führungsrolle in der nordatlantischen Allianz als einzig verbliebene Supermacht angesehen. Francis Fukuyama ging von einer monopolaren Welt unter Führung der Vereinigten Staaten aus, in der sich das freiheitliche und demokratische Modell des Westens durchsetzen werde (Fukuyama 1992). Situativ war dies plausibel, wurde aber dann durch die Realität widerlegt. Samuel Huntington postulierte das Entstehen einer multipolaren Welt, in der die anwachsende und in das Vakuum des implodierten Ost-West-Konflikts schnell vorstoßende Macht von Staaten wie China, Indien oder Russland Gegengewichte zur amerikanischen Hegemonie aufbauen würde (Huntington 1996). Auch Eberhard Sandschneider, ehemaliger Direktor der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik in Berlin, wies 2007 auf den schnellen Machtanstieg Chinas mit Besorgnis hin (Sandschneider 2007; auch Scholl-Latour 1990). Die Entwicklung gab den beiden letztgenannten Wissenschaftlern mit ihrer spezifischen Erwartung recht: Die Geschichte ersetzte die Hegemonie der schwächelnden USA, deren Bedeutung und Weltmachtanspruch seitdem im Sinken begriffen ist (Kennedy 1989), durch die Entstehung von mehreren Polen militärisch-industrieller und politischer Macht.

Die Entwicklung zeigte auch, dass die USA, die Europäische Union und die NATO in Krisen wie dem Balkankonflikt in den 1990er Jahren, dem Afghanistan-Konflikt, im Irakkrieg oder in den Interventionen in Syrien gegen die IS eine gewisse Handlungsfähigkeit bewiesen haben, Ordnungsansprüche oder die Durchsetzung westlicher Werte aber nicht mit der Souveränität eines Hegemons durchsetzen konnten. Die bittere Wahrheit war: Der Westen zeigte sich sicherheitspolitisch zersplittert und militärisch nicht ausreichend handlungsfähig. Und nicht entschlossen genug. Dies zeigte sich im Scheitern der militärischen Missionen im Irak und erreichte Mitte der 2010er Jahren im Ukraine-Konflikt einen weiteren Höhepunkt der zeigte, dass die Multipolarität eine fragile Realität ist und äußerst gefährlich werden kann (Kissinger 2014). Das Ruhekitzen einer monopolaren Welt unter Führung der USA sucht man vergebens; die globalisierte Welt muss mit zuweilen fragilen multipolaren Strukturen leben lernen. Und, um sich Gehör zu verschaffen oder durchzusetzen, kamen zunehmend diplomatische und imagepolitische Argumentationen als politische Instrumente in der Auseinandersetzung hinzu. Im 21. Jahrhundert zählt deshalb nicht nur die militärische Hardware der Waffengewalt, sondern zunehmend auch der Kampf um die Deutungshoheit in der globalisierten Welt. Nicht mehr die platte Dichotomie der Welterklärung zwischen Kapitalis-

mus und Sozialismus gründierte nunmehr die Legitimität der internationalen Politik; vielmehr bedurfte es einer permanenten politisch-kulturellen Überzeugungsarbeit im Kampf um strategische Vorherrschaft in der multipolaren Welt. Eine große Bedeutung bekam dabei die intellektuelle Konzeption politischer Führung.

Soft Power und Hard Power verschmelzen zur Smart Power als Schlüsselement politischer Herrschaft

In diesem Kontext – und auch mit Blick auf die globale Vernetzung – hat sich ein Wandel im Verständnis von der effektiven Ausübung staatlicher Macht entwickelt. Der Westen musste nicht nur erkennen, dass die Implosion der UdSSR und des Warschauer Pakts nicht automatisch einem Siegeszug über die Mächte der Vergangenheit glich; es zeigte sich vielmehr, dass neue erbitterte Auseinandersetzungen entstanden, die sich nicht mit dem Einsatz von blanker Waffengewalt und platter bipolarer Propagandarhetorik lösen ließen. Die militaristischen »Betonköpfe« des Kalten Krieges wurden über Nacht arbeitslos, die dumpfen Public-Relations-Agenturen der Bipolarität verschwanden im Nichts. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts zeichnete sich nicht nur eine instabile multipolare Machtarchitektur mit neuen mächtigen Gegenspielern ab. Es wurde offenkundig, dass die Begründungszusammenhänge politischer Machtansprüche neu zu formulieren waren. Nicht alleine die Überzeugungskraft waffenstarrer Arsenale zählte. Die politische Machtausübung auf Grundlage kultureller Attraktivität und wegweisender Ideologie im Konzert mit legitimierten Institutionen wurde wichtig. Der Begriff der Soft Power wurde als Herrschaftsinstrument plausibel und als Konzept staatlichen Handelns attraktiv. Zentrales Merkmal dieses Konzepts ist die Machtausübung durch die Beeinflussung der Ziele politischer Akteure, ohne dass dazu wirtschaftliche Anreize oder militärische Bedrohungen eingesetzt werden. Es ging also zusehends um ein psychologisches Konzept der politischen Überzeugung.

Smart Power ist, andere dazu bewegen, dieselben Werte zu teilen und die gleichen politischen Ziele zu verfolgen, wie man selbst

Der Begriff der Soft Power wurde von dem amerikanischen Politikwissenschaftler und Diplomaten Joseph Nye in Abgrenzung und als Gegensatz zur Hard Power formuliert, welche ökonomische und militärische Stärke meint und die auf der Grundlage von ökonomischen Anreizen oder militärischen Bedrohungen zwischenstaatliche Beziehungen prägt (Nye 1990). Sie ist die Fähigkeit der Beeinflussung und Formung politischer Präferenzen anderer politischer Akteure und eng an immaterielle Werte gebunden. Ihren Charme entwickelt Soft Power durch ihre attraktive Anziehung auf andere. Ressourcen

von Soft Power sind Werte, die eine Sogkraft auf andere politische Akteure entfalten wie Kultur, politische Attraktivität und auswärtige Politik. Betrachtet man dies genau, war der weltweite Durchstoß des Marxismus-Leninismus seinerzeit die Entwicklung einer mächtigen Soft Power, die viele Länder dazu bewegte, sich dieser Ideologie anzuschließen und sozio-ökonomisch revolutionäre Veränderungen zu initiieren und durchzusetzen. Ähnliche Veränderungen bewirkte alleine der Freiheits- und Gleichheitsgedanke der Französischen Revolution im 18. Jahrhundert oder die Verwirklichung einer selbstbewussten und liberalen Bürgergesellschaft innerhalb einer vereinten deutschen Nation im 19. Jahrhundert. Soft Power bedeutet also die Fähigkeit von Staaten, andere Akteure dazu zu bewegen, denselben politischen Willen zu entwickeln und die gleichen politischen Ziele zu verfolgen wie man selbst. Nach Nye ist Soft Power ein Schlüsselement politischer Führung. Die Fähigkeit eines Akteurs zur erfolgreichen Kombination von Soft Power und Hard Power – also die Entwicklung fesselnder Werte und Zukunftsvisionen in Kombination mit der Demonstration von realen Fähigkeiten, diese gegebenenfalls auch mit sanftem oder hartem Druck umzusetzen – bezeichnet Nye als Smart Power (Zaharan/Ramos 2010: 25).

Die Veränderungen im politischen System der Globalisierung, das Auftauchen neuer Akteure in der nationalen wie internationalen Politik und die diffizile Ergänzung von politischen Instrumenten prägt Entwicklungspfade und Gestaltungsoptionen der Globalisierung. Für alle Beteiligten des globalen ›Mehrebenensystems‹ auf lokaler, regionaler, nationaler, supranationaler und internationaler Ebene entsteht ein konzeptioneller Orientierungsbedarf. Mit Blick auf die Gestaltungsmöglichkeiten einer globalisierten Welt erfordert dies in der Konsequenz eine komplexe Handlungsstrategie der Globalisierung. Diese muss (1.) die erkennbaren und zugehörigen Problemlagen mit konkreten Lösungsvorschlägen verbinden. Es geht (2.) um ein kohärentes Politikverständnis und ein Politikkonzept für eine konstruktive Politik der Globalisierung im 21. Jahrhundert. Eine daraus abgeleitete Strategie muss (3.) dabei (aus westlicher Sicht) demokratisch legitimiert, sozial umfassend und effizient sowie politisch auf allen Ebenen auch umsetzbar sein. Dieser Dreiklang von Zielsetzung und Ansatz, Nutzen und Strategie sowie Akzeptanz und Effizienz macht den Kern eines wirksamen Politikkonzepts aus.

Deshalb sind Ideen für die Entwicklung eines intellektuellen Koordinatensystems wichtig. Gleichzeitig müssen Handlungsmöglichkeiten für den nationalen Rahmen, den europäischen Rahmen und den internationalen Rahmen formuliert werden um ein Bild darüber zu erlangen, wie sich Globalisierung in sinnvolle Strukturmerkmale globalisierter Gesellschaften und ihrer Beziehungen zueinander formulieren lassen.

